



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Weltspiegel

**Sieg des Chauvinismus.** Der Erfolg der Konferenz von Genua hängt ganz wesentlich davon ab, ob Amerika sich bereit finden wird, an den Beratungen zum wirtschaftlichen Aufbau Europas teilzunehmen, denn ohne die Mitwirkung des amerikanischen Kapitals läßt sich die wirtschaftliche Krise nicht überwinden. Auch das Wiederaufbauplanckat, das in Paris vorbereitet wurde, aber noch keine endgültige Gestalt angenommen hat, bleibt unvollständig, solange die Amerikaner abseits stehen. Die Neigung der Vereinigten Staaten in Cannes, tätig mitzuarbeiten, ist nicht besonders groß. An Rußland hat Amerika zwar ein lebhaftes Interesse, aber der amerikanische Unternehmer glaubt dort wohl auch ohne die Europäer fertig zu werden, die bei einer Erstarkung der alten Welt bald unbequeme Rivalen werden können. Jenseits des Ozeans darf man freilich nicht vergessen, daß ausgeglichene Zustände die Vorbedingung jeder wirtschaftlichen Erschließung Rußlands und des europäischen Kontinents sind. So sind Politik und Wirtschaft nicht auseinander zu halten. Wären es wirklich rein wirtschaftliche Probleme, die in Genua behandelt werden sollen, so würde sich Amerika eher damit befassen, aber man fürchtet in den Vereinigten Staaten, in die politischen Gängel hineingerissen zu werden. In ihnen, denen das von eigenen Problemen in Anspruch genommene Amerika fern bleiben will, reiben sich die besten Kräfte und Köpfe der alten Welt auf. Das Schauspiel, das sie bietet, ist wirklich nicht dazu angetan, Amerika anzulocken. Präsident Harding hatte gehofft, aus der Konferenz von Washington die Vorstufe zu einer wahrhaften Vereinigung der Völker zu machen, die ohne die Belastung durch den Versailler Friedensvertrag in zwangloser Form die sich bietenden Fragen nach Möglichkeit besprechen und regeln würde. Das große Viermächteabkommen über den Stillen Ozean und die Vereinbarung über die Herabsetzung der Zahl der Großkampfschiffe schienen verheißungsvolle Ansätze zu bieten, aber der Fortgang enttäuschte. Über Ostasien ist nichts Bindendes abgeschlossen worden. Japan ist bemüht, unter Umgehung der Washingtoner Konferenz sich unmittelbar mit den Chinesen zu verständigen. Das ist der Sinn der japanischen Angebote wegen Kiautschou.

Als positiver Ertrag von Washington, dessen Verhandlungen im Sande zu versickern drohen, bleibt die englisch-amerikanische Annäherung übrig, die in ihren Grundzügen schon vor der Tagung in der Bundeshauptstadt angebahnt war. Die Stärke dieses Zusammenschlusses unterschätzt zu haben, wird von englischer Seite Briand vorgehalten. Er hat durch seine militärischen Forderungen, mit denen er freilich durchdrang, die amerikanische Öffentlichkeit verärgert. Dieser Anmut fand seinen Niederschlag in der Resolution Mac Cormick, in der die amerikanische Regierung vom Senat aufgefodert wird, die Budgets und insbesondere die Ausgaben für Landrüstungen solcher Staaten darzulegen, die den Vereinigten Staaten Geld schulden. Dieser Schritt bezieht sich unzweideutig auf Frankreich. Zugleich betont Amerika seinen Entschluß, auf die vorläufig bis April gestundeten Vorschüsse aus dem Weltkriege keine Nachlässe an Kapital und Zinsen zu gewähren. Die Franzosen benutzen diese Haltung, um Amerika vorzuführen, Frankreich müsse durch die uneingeschränkte Erfüllung der Reparationsansprüche zahlungsfähig gemacht werden. Es brauche kein Heer, um sich vor neuen Katastrophen zu schützen und den deutschen Schuldner zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten, eine gewundene und durchaus ansehbare Beweisführung. Poincaré dürfte kaum der Mann sein, gerade in der Frage der Landrüstungen andere Wege

zu beschreiten als sein Vorgänger, so sehr er es auch darauf anlegen mag, die in Amerika noch immer vorhandenen Sympathien für Frankreich zu vermehren. Seinem Regime hat er durch die Bestellung des Marschalls Pétain zum Generalinspektor der Armee einen ausgesprochen militaristischen Anstrich gegeben. Sein ganzes Kabinett trägt nationalistischen Charakter. Das entspricht freilich den Wünschen der Kammer, die mit ganz erheblicher Mehrheit Poincarés Programm angenommen hat. Für den, der von der ersten Kundgebung des neuen Mannes eine oratorische Meisterleistung erwartete, bedeutet diese Rede vor Kammer und Senat freilich eine Enttäuschung. Briand war ein größerer Meister der Sprache, aber verzichtete Poincaré bei seinem ersten Auftreten auf rednerischen Schmuck; so war seine Ausführung nichtsdestoweniger als ein propagandistisches Manöver.

Als ob in der Zwischenzeit die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands gar nicht ernstlich untersucht worden wäre, ließ sich Poincaré über die künstliche Verschlechterung der deutschen Finanzverhältnisse, die ungenügende Steuerlast und die systematischen Verwüstungen Nordfrankreichs aus. Auch das Gutachten der juristischen Kommission der Entente über die Auslieferung der Kriegsschuldigen wußte er auszuschlachten, um für sich in Amerika und England Stimmung zu machen. Aber dort hat man anscheinend den Grundzug seiner Wünsche nicht mißverstanden. Mit dem Versailler Frieden und dem Londoner Diktat gedenkt Poincaré Garantien und Zwangsmaßnahmen durchzusetzen, auf die er seine Politik der Unterdrückung Deutschlands aufbauen kann. Mit vergeblicher aber begreiflicher Erregung wehrt sich der neue Ministerpräsident gegen die schweren Anklagen, die in den Berichten seines Freundes Tsjwolski enthalten sind. Mit der einfachen Behauptung, sie seien gefälscht, kommt er über diese Zeugnisse nicht hinweg, auf die er vor seiner Berufung zum Regierungssamt kein Wort der sachlichen Erwiderung gefunden hat. Die Sprache dieser vernichtenden Dokumente wirkt um so stärker, als sie sich zu den Darstellungen der belgischen Gesandten fügen und nur das Bild jenes Poincaré ergänzen, der vor dem Kriege der dritten Republik durch die Entente cordiale zu einer Machtposition verhelfen wollte, wie sie Frankreich als Königtum und Kaiserreich genossen hatte.

Besondere Mühe, seine nationalistischen Neigungen zu beschönigen, hat sich Poincaré übrigens nicht gegeben, nur sucht er seine Ansprüche so zu drehen, daß Frankreich nicht als hungrig nach Hegemonie, sondern als Verteidiger der Gerechtigkeit dasteht. Aber das sind Phrasen, die heute nicht mehr verfangen. Poincaré, der den Weltkrieg als Präsident erlebte und durch Clemenceau den von ihm später vielfach als ungenügend kritisierten Versailler Frieden schließen ließ, ist ein Mann, der auf die Durchsetzung seiner Ziele nicht so leicht verzichten wird. Er mag angefächelt des Widerhalls, den seine chauvinistischen Äußerungen in London, Washington und Rom ausgelöst haben, die Tonart ändern, er wird aber seine letzten Absichten nicht aus dem Auge verlieren. Sein nächstes Hauptziel bleibt die Niederhaltung Deutschlands. Auch Briand wollte nichts anderes, und von ihm war durchaus nichts besonderes zu erwarten. Solange die Geistesverfassung in Frankreich herrscht, wie sie beim nationalen Blocc oder bei den Radikalsozialen vom Schlage Herrriots zulage tritt, ist die Frage der Person, die an der Spitze des französischen Staatswesens steht, verhältnismäßig belanglos. Nur die Stellung von Paris zu den Verbündeten und zu Amerika wird dadurch beeinflusst. Aber Deutschland darf, das zeigen London und Cannes wie der Ministerwechsel in Paris, in Frankreich nicht auf Verständnis für seine Lage rechnen. Auch in Genua wird es nicht wesentlich anders sein, wo die Entschädigungsfrage an sich nicht erörtert werden soll. Die wird mit der Reparationskommission zu behandeln sein. Ihr sind nach dem Diktat von Cannes am 27. d. Mts. die deutschen Vorschläge für Sicherheiten zu unterbreiten, die eine Veränderung der Zahlungsgrundlagen des Londoner Ultimatus vom Mai 1920 in den Augen der Entente rechtfertigen sollen. Tarifierhöhungen für Eisenbahn und Post, gesteigerte Kohlen-

preise, eine Kontrolle der Reichsbank und Beaufsichtigung der deutschen Ausfuhr von Waren und Kapital kommen in Frage. Bei der Tendenz Poincarés wird noch viel weniger als bei Briand jenes großzügige Anpacken des Entschädigungs-Komplexes zu erwarten sein, das allein Deutschland in die Lage versetzt, an den Aufbauberatungen von Genua anders als rein theoretisch teilzunehmen.

Wird sich jedoch Poincaré darauf beschränken, durch rücksichtsloseste Anwendung des Versailler Friedens und des Londoner Ultimatus das deutsche Volk zur Fronarbeit zu zwingen? Zwangsmaßnahmen schweben ihm vor. Die Rhein-grenze möchte er über die 15 Jahre des Versailler Friedens hinaus besetzt halten. Das Projekt der Schaffung autonomer, von Preußen oder Deutschland gelöster Staaten am Rhein wird er ebensowenig fallen lassen wie das Briand noch in Cannes tat. Darüber hinaus wird er Süddeutschland vom Reichsverband zu lösen trachten, polnische Wünsche auf eine Umstürzung der Abstimmungsergebnisse in Ost- und Westpreußen nähren, den Tschechen weiteren Appetit auf Teile Oberschlesiens machen und sogar die Aufmerksamkeit der Dänen auf die deutsch gebliebenen Gegenden Schleswigs lenken. Die Zertrümmerung des Deutschen Reichs ist nun einmal das Ideal der von Poincaré vertretenen Kreise. Ihnen liegt nichts an der Erneuerung Deutschlands. Entsteht dort das Chaos, so lassen sich die angebotenen Abspaltungspläne um so leichter verwirklichen und Frankreichs Grenze kann an den Rhein vorgeschoben werden.

Sinter den Kulissen hat Belgien, und zwar auch König Albert persönlich, eine lebhaftere Wirksamkeit für Poincaré entfaltet. Die Belgier fürchteten für ihre Priorität auf die deutschen Zahlungen. Ihnen war Briand aller Versicherungen hinsichtlich der Barzahlungen doch nicht energisch genug. Dabei haben Theunis und Jaspar die diplomatische Lage sehr gewandt ausgenützt, in dem sie in Cannes eine militärische Vereinbarung mit England ausgemacht haben, die Brüssel endlich das erhohnte Gegengewicht gegen das Bündnis mit Frankreich bietet. England ist sichtlich enttäuscht darüber, daß Poincaré, der während der Kabinettsbildung seine freundschaftlichen Gefühle für Frankreich stark betonte, das französisch-englische Bündnis nicht in den Vordergrund seines Programms stellte. Ihm gilt die Kleine Entente mehr und auch den Völkerbund schätzt er höher. Poincaré wollte aber zugleich auf die innere Entwicklung in England Rücksicht nehmen und durch allzu ausgesprochene Betonung des längst nicht überall populären Bündnisplanes der künftigen Entscheidung nicht vorgreifen. Durch das Scheitern von Cannes sind die Wahlen zunächst verschoben worden. Wie verlautet, will Lloyd George die endgültige Bildung der irischen Regierung in Dublin und die Konferenz von Genua abwarten. Inzwischen treten die Parteien bereits in den Wahlkampf ein. Lord Derby hat von der gemeinsamen englisch-französischen Grenze am Rhein gesprochen, Asquith Maßnahmen zur Erleichterung des Wirtschaftslebens gefordert. Clynes droht mit Unruhen wegen der Arbeitslosigkeit. In Ägypten kommt man nicht vorwärts und Indien bereitet Sorgen. Grey betätigt sich wie Poincaré die Konferenzen. Die Stille und gründliche Tätigkeit der Kanzleien soll an die Stelle der Schaugepränge treten. Die Ergebnisse aller bisherigen Methoden waren kläglich, weil noch nicht der Geist herrscht, der eine sachliche Verständigung erlaubt, sondern noch immer Leidenschaften und selbstfüchtige Gefühle die Richtung bestimmen.

O. G. von Wessendorf